

Vorstände *ARGEn* der Gymnasien Baden-Württemberg

Protokoll zum Vorstandstreffen der *ARGEn* der Gymnasien in Baden-Württemberg

Ort	Geschwister-Scholl-Schule Tübingen, Lehrerclub
Datum	23.01.2016, 10.30 Uhr bis 14.30 Uhr
ARGE-FR	Nicola Voigt
ARGE-KA	Regina Wehrle, Guisepepe Rizzi, Frank Scholz
ARGE-ST	Christian Bucksch, Petra Bessner
ARGE-TÜ	Rainer Bergmann, Renate Kempf, Brigitte Reuther, Stephan Ertle, Peter Gitzen, Theo Keck, Martin Lindeboom, Siegfried Sebera

TOP 1: Begrüßung und Einführung

Der Vorsitzende der ARGE-TÜ als Gastgeber, Rainer Bergmann begrüßte die Teilnehmer des Vorstandstreffens der *ARGEn* der Gymnasien in Baden-Württemberg.

Christian Bucksch erläuterte dem Vorstandstreffen die Veröffentlichung der Zusammenfassung eines gemeinsamen Treffens der ARGE ST mit dem Philologen Verband. Zwischen der ARGE ST und dem Philologen Verband gibt es regelmäßig Austausch. Die Veröffentlichung ist eine Zusammenfassung des gemeinsamen Nachmittags.

TOP 2 Vernetzung der *ARGEn*

Die *ARGEn* der Gymnasien in BW müssen sich bezüglich der Themen besser vernetzen, indem Themen abgestimmt und die Verantwortlichkeiten klar geklärt sind. Jede ARGE kann die eigenen Themen unabhängig einbringen und vorantreiben, da unterschiedlich „Fachleute“ engagiert Themen tiefer bearbeiten. Dieses Knowhow sollte genutzt werden. Die *ARGEn* können nach dem Erarbeiten des Themenfeldes gemeinsam Beschlüsse dazu fassen.

Die Arbeit der einzelnen *ARGEn*, was wer vorantreibt, muss aktuell sichtbar sein. Protokolle sind meist zu spät. Durch gemeinsame Beschlüsse der *ARGEn* werden die Themen einheitlich nach außen vertreten und dadurch besser wahrgenommen.

Gemeinsame Beschlüsse der *ARGEn* sollten innerhalb einer Woche rückgemeldet werden, auch wenn niemand erreichbar ist. Dadurch können zeitnah die Beschlüsse veröffentlicht werden.

TOP 3: ARGE Tübingen

Befreiung von Schülerbeförderungskosten, Brigitte Reuther und Stephan Ertle

Kinder aus Bayern, die eine Schule in Leutkirch besuchen, sind von den Kosten der Schülerbeförderung befreit und die Kinder aus Baden-Württemberg müssen 32 Euro für wenig Busse (auf dem Land sind

wenig Busse unterwegs, in der Stadt gilt die 3 KM-Grenze) bezahlen. Ein Versuch im Landkreis Ravensburg eine Änderung zu erwirken wurde abgeblockt.

Um zu der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen zu kommen müssen Schüler teilweise zwei Verbundkarten für 130 Euro erwerben, was schon zu Abmeldung von der Schule geführt hat.

In den Bundesländern Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz (seit fünf Jahren) werden die Schülerbeförderungskosten komplett bis zur 10 Klasse übernommen. Die Landesverfassung von Baden-Württemberg ähnelt in diesem Bereich den anderen Bundesländern.

Im aktuellen Armutsbericht des Sozialministeriums Baden-Württemberg werden die Schülerbeförderungskosten nach den Mieten als größte Blöcke gesehen.

Aktuell sind über 600 Spenden für das Rechtsgutachten zu den Schülerbeförderungsgebühren in Baden-Württemberg (private Einzelspende über 2000 Euro) eingegangen. Das Gutachten fand bei der Landesregierung keine Beachtung und so musste zur Rechtsfindung Klage durch Eltern eingereicht werden. Neben der Klage gegen die Schülerbeförderungskosten, anhängig im Verwaltungsgericht Sigmaringen, hat eine weitere Familie Klage in Karlsruhe eingereicht, die an die Klage in Sigmaringen verwiesen wurde.

Die Initiative „Eltern für Elternrechte“ bittet um Unterstützung der anderen *ARGE*n in Baden-Württemberg zu dem Gutachten. Bisher sind 80-90% der Spenden aus dem Regierungsbezirk Tübingen.

Alle *ARGE*n unterstützen das Gutachten zur vollständigen Erstattung der Schülerbeförderungskosten in Baden-Württemberg.

Die ARGE KA ist solidarisch und hat den Spendenaufruf an die Eltern in KA weitergeleitet. Aufgrund leerer Kasse kann die ARGE Ka keine Spende tätigen.

Die ARGE FR hat den Spendenaufruf an die Eltern in FR weitergeleitet, in den einzelnen Gymnasien gibt es teilweise andere Regelungen.

Die ARGE ST hat den Spendenaufruf weitergegeben und unterstützt die Aktion.

Zusammenfassung

Alle *ARGE*n sind solidarisch und unterstützen das Gutachten zur vollständigen Erstattung der Schülerbeförderungskosten in Baden-Württemberg. Eine gemeinsame Stellungnahme wird dazu verfasst.

Bildungsplanreform Neue Fächer Wirtschaft und BNT, Martin Lindeboom

Zur Bildungsplanreform (u.a. auch zu den neuen Fächern) erhielt das KM im Rahmen des "Anhörungsverfahrens" über 1.200 Rückmeldungen, darunter auch sehr viele kritische Stellungnahmen von Verbänden (der Öffentlichkeit idR nicht bekannt).

Ein Beirat zur Bildungsplanreform sollte das KM angeblich unterstützen. Protokolle oder Ergebnisse der Beiratsarbeit wurden nie veröffentlicht; die Namen der Beiratsmitglieder werden vom KM - aus datenschutzrechtlichen Gründen - nicht genannt. Alles extrem intransparent (auch die Auswahl der Mitglieder - allein 7 Religionsvertreter bei insgesamt 46 oder 47 Mitgliedern, usw.).

Die Erstellung der Bildungspläne erfolgte intransparent (mit handverlesenen, idR unbekanntenen Experten), d.h. ohne der Öffentlichkeit Details zu nennen. Eine Bürgerbeteiligung fand de facto nicht statt. Zu den Anhörungsfassungen der Bildungspläne vom 14.9.2015 gab es eine "Anhörungsphase" (= dies bedeutet aber nur, dass bis zum 30.10.2015 schriftliche Rückmeldungen möglich waren) ohne Antworten auf übermittelte Sachargumente oder Argumentationslinien. Eine öffentliche, ergebnisoffene Anhörung mit Experten hat es nicht gegeben und war auch nie vorgesehen. Alle relevanten Kriterien für

eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung werden nicht erfüllt (unabhängige Moderation, klar definiertes Ziel der Bürgerbeteiligung, sachlich korrekte Information der Bürger/innen, Kommunikation auf Augenhöhe, d.h. konkrete Antworten auf die Übermittlung von Fragen/Argumenten, usw.).

In Tübingen wurden Anfang 2015 Fragen - in einer lokalen Veranstaltung - an die bildungspolitischen Sprecher/in der Landtagsfraktionen gestellt (Frau Boser, Herr Dr. Fulst-Blei, Herr Kern und Herr Wacker). Da nicht alle Fragen beantwortet werden konnten, wurde ein Fragenkatalog zum Thema Bildungsplanreform und neue Fächer (BNT / WBS) erstellt. Alle Fraktionen waren im März 2015 bereit, den Fragenkatalog aus Tübingen zu beantworten. Im Juni 2015 wurde der fertige Fragenkatalog an die Fraktionen übermittelt. Die FDP antwortete im September 2015, die CDU im Dezember 2015. Von den Regierungsparteien wurde der Fragenkatalog bis zum ARGE-Treffen in Tübingen nicht beantwortet [Nachtrag: Grüne und SPD antworteten erst im Februar 2016, nach über 7 Monaten!!]. Eine sachliche, zeitnahe Diskussion der Antworten haben die Regierungsfaktionen dadurch verhindert.

BNT = Biologie, Naturphänomene und Technik

Zum neuen Gymnasialfach BNT sind zahlreiche ablehnende Stellungnahmen bekannt (u.a. von VBIO, vom LEB, der GEW BW und dem PhV BW). Das KM befürwortet das neue Fach BNT (allerdings ohne eine eigene Argumentationslinie anzubieten - stattdessen: nur Allgemeinplätze) und geht auf Gegenargumente nicht ein.

WBS = Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung

Der grundlegende Bildungsstandard "Wirtschaft" wird von der "gewerblichen Wirtschaft" vorgegeben (Seeber et.al. 2012, entspricht weitgehend einem Gutachten für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands aus dem Jahr 2010). Das KM arbeitet extrem eng mit der Wirtschaft zusammen (Arbeitgeber- und Unternehmensverbände, z.B. Südwestmetall, der Landesarbeitsgruppe SchuleWirtschaft, wirtschaftsnahen Stiftungen, wie z.B. der Dieter von Holtzbrinck Stiftung und der Würth-Stiftung), nicht aber mit Elternvertretungen. Auf sachliche Kritik aus der Wissenschaft (insbesondere den Sozialwissenschaften, Fachleiter/innen der Staatlichen Lehrerseminare, Fachverbände, wie z.B. dem Schulgeographenverband oder den Fachverbänden zur Politik) oder der Lehrerverbände (GEW BW, PhV BW) geht das KM nicht konkret ein.

Die Dieter von Holtzbrinck Stiftung und Südwestmetall haben bereits - in Zusammenarbeit mit dem KM - ein eigenständiges Lehramtsstudienfach Wirtschaft durchgesetzt (läuft seit dem WS 2015/2016; für 3 Stunden Pflichtunterricht WBS in der Sek 1 der Gymnasien + Neigungsfach in der Kursstufe). Das seit 2010 existierende Kombifach Politik/Wirtschaft (für Gemeinschaftskunde- und Wirtschaftslehrer/innen an Gymnasien) läuft ohne jede Evaluation aus. Die bisherigen Ankerfächer der ökonomischen Bildung werden - hinsichtlich der Inhalte und der Kontingenzstundenzahl - geschwächt. Eine Diskussion, ob die ökonomische Bildung der SuS überhaupt verbessert werden muss, fand nicht statt (belastbare Daten zu den ökonomischen Kenntnissen der Gymnasialschüler/innen liegen dem KM nicht vor; dies hat mir das KM, nach einigen Nachfragen, im August 2015 schriftlich bestätigt (und widerspricht sich somit selbst); die Kenntnisse der SuS werden aber 2016 untersucht :-), d.h. nach der offiziellen Einführung des neuen Faches, welches mit den mangelhaften Kenntnissen der SuS begründet wird (nebenbei bemerkt: in welchen Fächern lassen sich keine gravierenden Wissenslücken nachweisen?). Ebenso wird auch die berufliche Orientierung deutlich gestärkt, nicht aber die von vielen Seiten geforderte "Demokratiebildung".

Der LEB hat den Bildungsplan Wirtschaft abgelehnt. Die ARGE FR fordert eine sachliche Aufklärung der Eltern.

Beschluss

Gemeinsame Stellungnahme aller ARGEn gegen die Fächer BNT und Wirtschaft wird erstellt.

Martin Lindeboom bereitet die Stellungnahmen vor und verteilt diese an die ARGEn.

TOP 4: ARGE Karlsruhe

Unterrichtsausfall/Unterrichtsvertretungen

Zu Unterrichtsausfällen und Unterrichtsvertretungen sind keine Statistiken erhältlich. In allen *ARGEn* sind der Unterrichtsausfall und die Unterrichtsvertretungen ein Thema.

In Pforzheim wird versucht, den Ausfall daher durch ein eigenes von den Eltern initiiertes System zu erfassen um Daten zu erhalten. Ziel ist es aufgrund von fehlenden Statistiken eine Aussage zu bekommen.

Diskussion

Warum wurde das Bildungsziel in dem Schuljahr nicht erreicht? Haben die Lehrer zu viele Ferien? Fortbildungen sollten nicht in die Unterrichtszeit fallen. Ein pädagogischer Tag darf nicht während der Unterrichtszeit stattfinden.

Die Thematik ist von Schule zu Schule verschieden. Eher ein individuelles Thema?

Was kann von den ARGEn gemeinsam zu dem Thema erfolgen?

Belastbares Zahlenwerk wäre schon etwas, aber was bringt es?

Welche Möglichkeiten gibt es Fehlstunden zu melden? Sind die Gründe dafür nicht zu variantenreich und auch zu individuell?

Sinnvoller ist daher vielleicht eine positive Herangehensweise: Anrechnungsstunden für engagierte Lehrer müssen erhöht werden.

Die „Erlaubnis“ des Elternbeirats, dass Konferenzen während der Pflichtunterrichtszeit stattfinden dürfen, stellen eine „Anerkennung“ der Arbeitsleistung der Lehrer dar. Somit kommen diese in eine „Bringschuld“.

Martin Lindeboom besitzt Unterlagen zu dem Thema, die er an Frau Wehrle von der ARGE KA weiterleitet. Diese wird sich in das Thema einarbeiten.

G8-G9

Abitur im eigenen Takt

Gymnasium 2020

Abwanderung G8→G9

Diskussion

Aktuell weniger ein Thema, da auch das KM hier nicht weitermacht, in Politik und bei den Eltern.

Die Pädagogische Weiterentwicklung ist weiterhin ein Thema. Bei Abgeordneten soll das Thema weiterhin vorgebracht werden (z.B. Anrechenbarkeit der Noten für das Abitur auf 3 Jahre); auf der KMK soll KM Stoch auf diese Änderung hinwirken.

Beschluss

Die *ARGEn* unterstützen den Modellversuch „Abitur im eigenen Takt“. Eine entsprechende Stellungnahme für alle *ARGEn* wird von der ARGE KA erstellt und verteilt.

TOP 5: ARGE Stuttgart

NWT

NWT1 findet ab der 6. Klasse statt mit der Wahl der 2. Fremdsprache ab Klasse 7, NWT 2 startet ab der achten Klasse als Wahlfach: An den Versuchsschulen wählen 45% der Schülerinnen und Schüler NWT 1!

Laut jetzigem Informationsstand soll ein neues Profilfach IMP NWT insgesamt ablösen, d.h. eine Schule darf nur entweder IMP oder NWT anbieten. Die ARGE ST sieht es kritisch, dass NWT gekürzt werden soll. So sollen laut Aussagen des Konzeptpapiers Gymnasium 2020 die NWT 1 Modelle nicht weiterverfolgt werden und im Konzeptpapier wird sich klar gegen ein vierstündiges Fach NWT in der Kursstufe ausgesprochen. Den anderen *ARGEn* war dies bisher noch nicht bekannt.

Beschluss

Transparenz zu dem Thema muss eingefordert werden, vor allem bei der Implementierung des neuen Faches IMP zum Schuljahr 2016/2017. Eine gemeinsame Forderung für alle *ARGEn* wird von Bucksch erfasst und verteilt.

Rückkehr zu den Grund- und Leistungskursen

Rückkehr wird von allen *ARGEn* gefordert sowie vom Philologen Verband und auch das Konzeptpapier spricht von einer mittelfristigen Einführung der GK und LK an den Gymnasien.

Beschluss

Text wird von Herrn Bucksch für alle *ARGEn* erfasst und verteilt.

TOP 7: neuer Termin

Die nächste gemeinsame Tagung der Argen soll Ende April 2016 im RP Stuttgart stattfinden.

Protokollant: Siegfried Sebera

Ergänzt durch alle Argen-Vorstände